



**MUT ZUM AUFBRUCH:
GEMEINSAM
HAGEN GESTALTEN!**

Koalitionsvertrag 2025–2030

Mut zum Aufbruch Gemeinsam Hagen gestalten!

Die hier vorliegende Koalitionsvereinbarung „Gemeinsam Hagen gestalten!“ für die Wahlperiode 2025-2030 ist ein Zukunftsentwurf für unsere Stadt und zugleich eine Einladung der Koalitionspartner von CDU und SPD an alle demokratischen Akteure in unserer Stadt, die gemeinsam mit uns Hagens Zukunft gestalten wollen.

Die Welt erlebt einen rasanten Wandel auf vielen Ebenen. Hagen ist davon nicht ausgenommen.

Wir erkennen: Hagens Bürgerschaft will eine handlungsfähige Stadt und eine wirksame Verwaltung.

Umso wichtiger wird die Aufgabe von Verwaltung und Kommunalpolitik, die Hagenerinnen und Hagener vor Ort bei der Lösung von Problemen zu unterstützen und ihnen damit ein gutes und sicheres Lebensgefühl zu vermitteln.

Wir, die Koalitionspartner von CDU und SPD, erkennen, dass mutige Veränderungen und Weichenstellungen unausweichlich sind, wenn wir unsere Heimat bewahren und für eine gute Zukunft krisensicher aufstellen wollen.

Dabei setzen wir auf die Potenziale in unserer Stadtgesellschaft. Wir halten es für die vordringlichste Aufgabe, den Gemeinsinn und die Institutionen unserer Heimatstadt in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir wollen selbst Vorbild sein. Rat, Verwaltung und Stadtgesellschaft müssen ihre Verantwortung gemeinsam verstärkt wahrnehmen. Dafür steht an der Spitze der neu in sein Amt gewählte Oberbürgermeister Dennis Rehbein, mit dem wir auf diesem Weg partnerschaftlich und konstruktiv zusammenarbeiten.

Dieser Koalitionsvertrag soll unsere planbaren Entscheidungen und Vorhaben skizzieren. Im Rat streben wir dafür parteiübergreifende Gemeinsamkeiten und stabile Mehrheiten unter Demokraten an. Das soll Meinungsunterschiede in Einzelfragen nicht überdecken. Vielmehr wollen wir sachlich, leidenschaftlich und respektvoll debattieren. Als Koalition werden wir darauf achten, dass Entscheidungen so umgesetzt werden, wie sie beschlossen wurden.

Wir wollen damit in der Stadtgesellschaft produktive Diskussionen und bürgerschaftliches Engagement anstoßen, um Hagen gemeinsam zum Wohle aller zu gestalten. Verwaltung und Rat allein können diese große Zukunftsaufgabe nicht stemmen. Dazu braucht es alle.

In den Gesprächen mit Hagens Bürgerinnen und Bürgern wurden folgende Themen am häufigsten benannt. Gemeinsam nehmen wir als Koalitionspartner diese Herausforderungen an.

- Die Menschen machen bei der städtischen Infrastruktur die zutreffende Erfahrung, dass diese nicht mehr zuverlässig zur Verfügung steht: Brücken und Straßen wurden unangekündigt gesperrt, Schulen unvorbereitet geschlossen, weil sie über Jahre finanziell und organisatorisch vernachlässigt wurden.

Diesen nachlässigen Umgang mit Ressourcen werden wir beenden!

- Viele Menschen fühlen sich an bestimmten Stellen in unserer Stadt nicht mehr sicher. Darunter leiden sowohl die Innenstadt als auch die Stadtteilzentren und vor allem die Menschen, die sich gerne unbesorgt dort aufhalten möchten.

Das werden wir ändern!

- Die Verschuldung der Stadt prägt das Image Hagens spür- und sichtbar. Solide Haushaltspolitik muss Zukunftsinvestitionen umfassen.

Wir verbinden beides miteinander!

- Die Menschen sehen in den Teilen der Zuwanderung, die durch mangelnden Integrationswillen, Kriminalität und clanstrukturierten Sozialmissbrauch auffallen, zurecht ein Problem.

Wir werden uns um dieses Problem kümmern!

- Die Menschen nehmen Teile der Verwaltung nicht als Unterstützung, sondern als bürokratisches Hemmnis wahr.

Dort, wo das zutrifft, werden wir es korrigieren!

- Unternehmen sehen sich häufig von unnötiger Bürokratie behindert und in ihren Anliegen von der Stadt zu wenig wahrgenommen und unterstützt.

Hier werden wir umsteuern!

- Ehrenamtler aus Kultur, Sport und aus anderen Bereichen wünschen sich in Teilen mehr Unterstützung

Dem wollen wir Rechnung tragen!

1. Infrastruktur und Verkehr

Die aktuellen Ereignisse um die Schließung der Cuno-Berufsschule machen deutlich, dass in der Gebäudewirtschaft grundlegende Fakten über die Gebäude zwar teilweise bekannt waren, aber nicht rechtzeitig die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen wurden.

Infrastrukturdezernat

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ will das bestehende Problem angehen und hält dafür ein weiteres Dezernat für den Zuständigkeitsbereich der baulichen Infrastruktur für dringend erforderlich. Wir müssen einen substanzialen Niedergang des städtischen Vermögens verhindern.

Über dieses neue Dezernat stellen wir sicher, dass die Bauunterhaltung für unsere Brücken und Verkehrswege kontinuierlich wahrgenommen wird. Wir wollen vermeiden, dass wir erneut unvermittelt mit Schadbildern wie bei der Ebene II der Altenhagener Brücke konfrontiert werden.

In den kommenden 15 Jahren stehen wichtige Brückenbauwerke in Hagen vor einer Sanierung oder einem Neubau. Das neue Dezernat soll deshalb ermitteln, an welchen Stellen Hagens Brückenbauwerke künftig mit standardisierten Fertigteil-Brücken ersetzt werden können. Diese Brücken lassen sich nicht nur günstiger, sondern auch schneller ersetzen als individuell geplante Bauwerke. In der Bauzeit entstehen dadurch Straßensperrungen und Umleitungen. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird sicherstellen, dass Innenstadt und Gewerbegebiete in Hagen trotzdem gut erreichbar bleiben. Wir sehen deshalb im neuen Dezernat den zentralen Ansprechpartner für alle Unternehmen, die bauliche Maßnahmen an den Straßen und Wegen im Stadtgebiet vornehmen. Dort sind alle Sperrungen und Umleitungsverkehre abzustimmen, um unkoordinierte Umleitungsverkehre zu vermeiden.

Kurzfristig soll die Verwaltung alle Voraussetzungen schaffen, damit noch im Sommer 2026 mit dem Abriss der Ebene II der Altenhagener Brücke begonnen werden kann.

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ sieht im Infrastrukturausschuss das zentrale politische Steuerungsinstrument für diese Übergangszeit. Dort werden wir nicht nur ein optimiertes Sanierungsprogramm einfordern, das mit möglichst gut kommunizierten und ausgeschilderten Umleitungsverkehren den lokalen und überörtlichen Verkehr flüssig hält. Dazu werden wir auch eine vorausschauende Kommunikationsstrategie erarbeiten lassen, damit regional vorab nicht nur die Probleme, sondern auch die Lösungen den Bürgern bekannt sind.

Datenerhebung

Um kurzfristig einen umfassenden Überblick vor allem auch über die Situation aller großen Schulgebäude über 350 Schüler zu erhalten, sollen die vorhandenen Daten der Verwaltung zusammengestellt werden, damit ggf. verschleppte oder untergegangene Probleme schnellstmöglich behoben werden können.

Daneben setzt sich die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ dafür ein, schnellstmöglich eine für alle im Amt Beteiligten verpflichtende Betriebsführungssoftware einzusetzen, in die sukzessive alle erhobenen und bekannten gebäuderelevanten Daten zu Zustand und Pflege

einfließen müssen. Darin sind auch alle bekannten Mängel zu verzeichnen sowie die Fristen und Zeitpläne für deren Behebung zu hinterlegen.

Dem Infrastrukturausschuss ist zur Jahresmitte 2026 eine Prioritätenliste vorzulegen, in der alle kritischen Reparaturen nach Dringlichkeit und Fördermöglichkeit aufzuführen sind.

Sofern Maßnahmen nicht im Rahmen des eigenen Personalkörpers zu beaufsichtigen sind, werden externe Dienstleister eingeschaltet.

Verkehr

Bis zum Ende 2027 wollen wir das kommunale Radwegekonzept überarbeiten und neue Prioritäten setzen. Sinnvolle Abschnitte sollen schnellstmöglich zu einem nachvollziehbaren Netz zusammenwachsen. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen von Fördermitteln alle sinnvollen Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs nutzen, um bis zum Jahr 2030 im Ranking des ADFC-Fahrradklima-Tests eine bessere Positionierung zu erreichen.

Pop-up-Bikelanes oder andere unangekündigte und schlecht vorbereitete Versuche wird es mit der Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ nicht mehr geben.

Im Rahmen der Überarbeitung soll auch bewertet werden, wie die bereits entstandenen Radwege in das neue Hagener Radwegekonzept integriert werden können.

Busverkehr weiter optimieren

In der vergangenen Wahlperiode haben Rat, Verwaltung und Hagener Straßenbahn den Busverkehr in Hagen deutlich attraktiver gestaltet. Insgesamt drei Millionen Euro jährlich fließen u.a. in einen dichteren Spätverkehr und zahlreiche andere wertvolle Angebotsverbesserungen im Tagesnetz. Rekordfahrgastzahlen sind das positive Ergebnis.

Weitere Beschleunigungsmaßnahmen sollen die Fahrzeiten verkürzen. Es fehlt jedoch ein konsequentes Gesamtkonzept, das auch zur Einsparung von Fahrzeugen führt. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird die Hagener Straßenbahn im Frühjahr 2026 beauftragen darzustellen, ob sich Linienwege auf den starken Achsen derart beschleunigen lassen. Auf diese Weise sollen die Reisegeschwindigkeit steigen und die Kosten sinken. Unser Ziel ist es, Fahrgäste zum gleichen Preis schneller zum Ziel zu bringen. Die Kosteneinsparungen sollen den Verlust der Hagener Straßenbahn begrenzen helfen.

Damit schnellere Busse nicht durch andere Hindernisse ausgebremst werden, sollen Busfahrer auf Busspuren oder an Haltestellen geparkte Fahrzeuge dokumentieren, damit die Verkehrsleitung Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen die Fahrzeughalter einleiten kann.

Mindeststandards für Plattform-Mobilität

Taxen garantieren seit vielen Jahrzehnten rund um die Uhr Fahrten mit geschultem Personal zu seriösen Bedingungen den individuellen Nahverkehr in der Stadt. Ihnen erwächst durch Plattformdienste wie Uber eine ungleiche Konkurrenz. Die Koalition „Gemeinsam Hagen

gestalten!“ wird die Verwaltung auffordern, alle Instrumente zu nutzen, um für faire Wettbewerbspraktiken zwischen den Systemen zu sorgen. Wir wollen, dass die Verwaltung prüft, ob Hagen einem Beispiel der Stadt Essen folgen kann. Dort sollen Mindesttarife für Uber und andere Plattformen einen ruinösen Wettbewerb verhindern.

2. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ räumt dem Thema Sicherheit zentrale Bedeutung ein. Ohne Sicherheit, gewährleistet durch Polizei und Ordnungsdienst, ist ein friedliches und respektvolles Zusammenleben nur schwer vorstellbar. Rechtsfreie Räume darf es in unserer Stadt nicht geben. Deshalb stehen wir für eine Null-Toleranz-Strategie.

Priorität hat es für uns, die aktive Präsenz des städtischen Ordnungsdiensts (SOD) in der Innenstadt rund um die Uhr zu verstärken. Dazu wollen wir ab 2026 den SOD mit 25 zusätzlichen Stellen ausstatten. Zwischen drei festen Anlaufpunkten in der Stadtmitte sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SOD auch nachts ihren situationsangemessenen Dienst tun. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei neu beleben.

Auf Basis objektiver Daten und subjektiver Umfrageergebnisse wollen wir zum Ende 2027 feststellen, ob wir einen Sicherheitsgewinn zu verzeichnen haben. Reichen die Maßnahmen nicht aus, werden wir über weitergehende Maßnahmen bis hin zu einer zusätzlichen Wache in der Fußgängerzone beraten.

Neben der Stadtmitte nehmen wir die Brennpunkte in den Bezirken in den Blick. Bis zur Jahresmitte 2026 wollen wir gemeinsam mit der Verwaltung ermitteln, an welchen Stellen mobile oder stationäre Videoüberwachungsanlagen hilfreich sind. Darüber hinaus erwarten die Koalitionspartner bis zum Jahresende 2026 eine Übersicht der im gesamten Stadtgebiet bekannten Angsträume sowie Vorschläge, wie diese durch maßvolle Umgestaltung, intelligente Beleuchtung oder Videoüberwachung sicherer gemacht werden können.

Die Hagener Straßenbahn wird beauftragt, zusammen mit dem SOD und der Polizei in den Abendstunden stichprobenartig die Haltestellen Stadtmitte und Hauptbahnhof zu bestreifen und auf ausgewählten Linien bis zum Betriebsende einzelne Fahrten zu begleiten. Dazu soll auch auf akute Hinweise von Busfahrern reagiert werden.

Unser gemeinsames Ziel ist es, eventuell verlorenes Sicherheitsgefühl wieder zurückzugewinnen.

Mehr Resilienz und Schutz schaffen

Hagen muss sich besonnen und wirkungsvoll auf Bedrohungen gegen unsere Infrastruktur und unser Zusammenleben vorbereiten. Diese zielen darauf ab, unsere Stadtgesellschaft zu schwächen. Hierauf müssen wir gute und souveräne Antworten finden. Erfahrungen aus Skandinavien zeigen, wie Stadtgesellschaften mit Gefahren vertraut gemacht und zur Selbstwirksamkeit geschult werden können. Das vermindert unnötige Angst und stabilisiert bei nicht planbaren Situationen die Krisen-Resilienz. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir den Zivil- und Katastrophenschutz zukunftsgerecht aufstellen können.

Stadtsauberkeit mit Konzept

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ sieht im Bemühen um mehr Sauberkeit in der Stadt erste Fortschritte, aber noch eine deutliche Wegstrecke vor sich. Wir erwarten von den städtischen Akteuren (u.a. WBH, HEB, städt. Gebäudewirtschaft & Hagener Straßenbahn) bis zum Ende des ersten Halbjahres 2026 ein abgestimmtes Konzept, wie die Zuständigkeiten untereinander sinnvoll koordiniert oder gebündelt werden. Damit soll sichergestellt sein, dass alle städtischen Flächen turnusgemäß abgestimmt und kostengünstig gereinigt werden, unabhängig davon, ob es sich um Baumscheiben, Radwege, Gehwege, Verkehrsinseln oder andere Flächen handelt. Hier muss die Stadt Vorbild sein!

Um die über Jahre entstandene „Patina“ auf den Pflastern der verschiedenen Fußgängerbereiche in den Zentren zu bekämpfen, befürworten wir einmalige punktuelle Intensivreinigungen in der Fußgängerzone und in den Stadtteilzentren.

Der Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB) soll unter anderem mit Hilfe der Freiwilligenzentrale weiterhin ehrenamtlich Engagierte unterstützen, die im Rahmen freiwilliger Aktionen Müll einsammeln und Verunreinigungen beseitigen. Darüber hinaus soll der jährliche Frühjahrsputz aufgewertet und modifiziert werden, um noch mehr Menschen für die Pflege des Stadtbildes zu aktivieren. Dafür werden wir in den kommenden Jahren einen Freiwilligentag einrichten, bei dem Bürgerinnen und Bürger sich für konkrete Projekte in den Stadtteilen anmelden und engagieren können.

Wir werden den Mängelmelder noch einfacher und kommunikativer gestalten lassen. Die Bürger sollen sinnvolle und schnelle Rückmeldungen bekommen, dass die gemeldeten Probleme behoben wurden. Zuständigkeitsgerangel zwischen einzelnen Ämtern und städtischen Betrieben darf es nicht mehr geben.

Wir wollen das Thema Stadtsauberkeit objektivieren und dazu alle zeitgemäßen technischen Möglichkeiten nutzen.

Zukünftig werden wir dafür sorgen, dass der städtische Ordnungsdienst sowie die Waste Watcher noch konsequenter gegen Müllsünder vorgehen, diese ermitteln und zur Rechenschaft ziehen. Auch Grundstückseigentümer sollen sie an ihre Verpflichtungen erinnern, wenn sie diesen nicht nachkommen. Darüber hinaus werden die Zwischenlagerung von Zeitungen oder Werbematerial an Bushaltestellen oder das Ablegen solcher Druckerzeugnisse in den Hauseingängen künftig verboten und geahndet.

3. Der Wirtschaft neue Wege anbieten

Leider haben einige wertvolle Unternehmen unserer Stadt Hagen in der Vergangenheit den Rücken gekehrt. Deshalb räumt die Koalition „Hagen gemeinsam gestalten!“ allem Priorität ein was Unternehmen hilft, wertvolle Arbeitsplätze zu sichern und zukunftsweisende Geschäftsideen zu entwickeln. Es gilt eine Willkommens- und Ermöglichungskultur für die Wirtschaft zu entwickeln. Deshalb wollen wir neue Wege anbieten.

Wirtschaftsausschuss als Verbindungsglied

Wir halten es für wichtig, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Stadt direkter mit dem Rat und der Verwaltung kommunizieren können. Den ersten wichtigen Schritt ist die neue Koalition bereits bei der Konstituierung des Rates gegangen, indem sie den neuen Wirtschaftsausschuss ins Leben gerufen hat. Er soll dem Rat künftig mehr unmittelbare Kontakte in die Hagener Unternehmerschaft ermöglichen. Regelmäßige Berichte und Unternehmergegespräche sowie aktuelle Daten zur Beschäftigung sollen den Wissenstransfer zum Rat verbessern.

Wirtschaftsförderung neu denken

Wir werden in einem zweiten Schritt die Wirtschaftsförderung fachlich und organisatorisch neu aufstellen. In Anbetracht der zahlreichen Strategie- und Personalwechsel in den vergangenen Jahrzehnten halten es beide Koalitionspartner für sinnvoll, sich dem Thema Wirtschaftsentwicklung mit Nachdruck zu beschäftigen. Dabei wollen wir ausdrücklich auch die Erfahrung aus anderen Kommunen berücksichtigen. Bis zur Jahresmitte 2026 erwartet die Koalition einen entsprechenden Konzeptvorschlag.

Flächen schneller verfügbar haben

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ will ein neues angebotsorientiertes Flächenmanagement mit einem Mix aus Flächenrecycling, Nachverdichtung und neuen Flächen aufbauen. Wir warten auf die Ergebnisse der Organisationsberatung, bevor wir entscheiden, wo wir dieses Flächenmanagement ansiedeln wollen. Dabei sollen realistische Angaben zur Standortqualität an die Stelle von abgehobenen Hochglanz-Fantasien treten. Mit Priorität wollen wir insbesondere die ehemalige Varta-Fläche, jedoch auch andere Flächen entwickeln. Unser Ziel ist ein nachfragegerechter Flächenvorrat für Industrie und Gewerbe.

Unternehmen wollen wir Zug um Zug durchdachte, medienbruchfreie Verwaltungsprozesse anbieten. Damit wollen wir die Zusammenarbeit mit den Ämtern beschleunigen und Kosten senken. Eine Arbeitsgruppe aus Stadt, SIHK und Handwerkskammer soll entsprechende Prozesse auswählen, die vorrangig zu überarbeiten sind. Unser Ziel: Betriebe sollen sich auf das konzentrieren können, was sie am besten können: Wirtschaften.

4. Stadtentwicklung und Wohnen

Bezahlbares Wohnen ist zu einer der größten sozialen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit geworden. Steigende Mieten, knapper Wohnraum und wachsende Unsicherheit betreffen längst nicht mehr nur einzelne Gruppen, sondern die breite Mitte der Gesellschaft. Die Art, wie wir heute bauen, planen und wohnen, entscheidet darüber, ob Städte sozial durchmischt bleiben oder auseinanderdriften. Wohnen ist damit ein Schlüsselthema für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt geworden. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ will deshalb gemeinsam mit der Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (ha.ge.we) sowie den anderen Wohnungsgesellschaften und Akteuren dafür sorgen, dass neuer, qualitativ guter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in ausreichender Anzahl entsteht.

Quartiersaufwertungen

Wir wollen die Erfolge des Förderprojekts „Soziale Stadt Wehringhausen“ festigen und über das neue Sanierungsgebiet Eastside auch in Altenhagen die Quartiersaufwertung in Gang setzen. Durch den künftigen Wegfall der Ebene II und die flankierenden Maßnahmen wird sich der Wohnwert in diesem Areal absehbar deutlich verbessern.

Unser Ziel ist es, wieder eine bessere soziale Durchmischung des Areals in Bahnhofsnahe zu erreichen.

Unabhängig von diesen Schwerpunkten werden wir selbstverständlich alle Stadtteilzentren im Blick behalten und auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird die Kontrollen in Problem- und Schrottimmobilien im Stadtgebiet ausweiten. Wir begrüßen, dass sich Verwaltung und Landesregierung um einen „Hagen-Pakt“ bemühen, der aus Landesmitteln den Aufkauf, die Sanierung oder den Abriss von Problem- und Schrottimmobilien ermöglichen wird. Wir werden alles Notwendige dazu tun, damit Hagen die notwendigen Voraussetzungen hierfür erfüllt und bis zum Sommer 2026 eine entsprechende Vereinbarung mit dem Land beschließen kann. Problem- und Schrottimmobilien sollen bis zum Jahr 2036 weitgehend aus dem Stadtbild verschwinden.

Geförderter Wohnraum

Geförderter Wohnraum ist gebaute soziale Gerechtigkeit. Er kommt den Menschen hinsichtlich der Begrenzung der Mietsteigerungen und des Kündigungsschutzes entgegen. Deshalb will die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ hierfür mit der Hagener Wohnungswirtschaft und privaten Investoren mehr geeignete Flächen für durchmischte und nachverdichtete Bebauung identifizieren und ausweisen.

Wichtig dabei ist, dass die Gebiete für solche Vorhaben geeignet sind und die Auflagen im Bebauungsplan nicht unüberwindliche Hindernisse formulieren.

Eigentumsbildung verbessern

Wir wollen den Generationenwechsel in den Wohnquartieren erleichtern, um die Bedürfnisse nach Wohneigentum soweit möglich im gewachsenen Bestand zu realisieren. Wer nach eigenen Wünschen bauen will, soll ebenfalls passende Baugebiete in der Stadt finden, vorrangig durch Nachverdichtung und Nutzung von Baulücken. Aus diesem Grund wollen wir regelmäßig erschlossene Flächen für junge Familien und Mehrgenerationenprojekte ausweisen. Dabei unterstützen wir gerne auch genossenschaftliche Wohnprojekte insbesondere bei der Umnutzung von Gewerbe- in Wohnraum.

Mehr Geschwindigkeit - weniger Bürokratie

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird die Verwaltung auffordern, sowohl die Chancen aus dem „Wohnungsbau-Turbo“ der Bundesregierung als auch aus den vereinfachten Genehmigungsverfahren von Seiten der NRW-Landesregierung volumäglich zu nutzen.

Wer mit mehr Geschwindigkeit guten und bezahlbaren Wohnraum schaffen will, kann das nur mit weniger Bürokratie erreichen. Deshalb werden wir auch die in der verbindlichen Bauleitplanung beschlossenen Auflagen für Klima- und Umweltstandards überprüfen. Dieses dichte Regelwerk führt zu Mehrausgaben beim Bau, einem höheren Prüfungsaufwand und zahlreichen Eingriffsoptionen der Genehmigungsbehörde – und damit zu langen Genehmigungsverfahren und mehr Rechtsunsicherheit zu Lasten der Bauherren.

Wir wollen die Genehmigungsverfahren von Wohnbau- und Gewerbeprojekten erheblich beschleunigen und damit mehr Planungs- und Rechtssicherheit für private und institutionelle Bauträger schaffen.

Da, wo Wohnen und Gewerbe gut miteinander harmonieren, wollen wir nicht eingreifen. Aber dort, wo eine „Gemengelage“ wie an der Eckeseyer Straße vorliegt, Wohnbebauung, Gewerbe sowie massiver Straßen- und Schienenverkehr problematisch aufeinandertreffen und Immobilien zu Problemimmobilien von morgen zu werden drohen, werden wir die planerische Neuordnung der Areale in Auftrag geben.

5. Migration & Integration

Hagens Aufstieg zur erfolgreichen Industriestadt verdanken wir auch zahlreichen Einwanderer-Generationen. Sie fanden hier Arbeit und eine neue Heimat und tragen bis heute unverzichtbar und bereichernd zu unserem Gemeinwesen bei. Viele Bereiche der Stadt sind ohne das Mitwirken von Hagenerinnen und Hagnern mit Migrationshintergrund gar nicht mehr vorstellbar. Wer sich hier beruflich und sprachlich integriert, dem bieten wir weiterhin eine sichere Heimat. Gleichwohl negieren oder verharmlosen wir nicht vorhandene Probleme.

In einer Zeit, in der extremistische Ideologien zunehmend unser gesellschaftliches Gefüge bedrohen, ist es wichtiger denn je, sich klar zu positionieren. Wir stehen für eine offene und tolerante Gesellschaft. Jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung widerspricht unseren Grundwerten. Wir werden weiterhin engagiert gegen jede Form von Radikalismus Stellung beziehen.

Missbrauchsbekämpfung

Bei Teilen der Einwanderung aus Südosteuropa bietet sich eine nicht hinzunehmende Entwicklung. Hier stehen teilweise clankriminelle Strukturen im Hintergrund, die Problem- und Schrottimmobilien missbräuchlich dazu nutzen, um Menschen mit fingierten Dokumenten in unser Sozialsystem zu schleusen. Sie verdienen einerseits an überteuerten Mieten und zweigen andererseits Teile von Sozialleistungen ab.

Wenngleich wir diesen Sozialmissbrauch bereits seit Jahren insbesondere mit diesen unangekündigten behördentübergreifenden Schwerpunkt-Kontrollen und seit 2024 durch

kontinuierliche Ermittlungen des Landesprogramms „MISSIMO“ bekämpfen, sind wir noch lange nicht am Ziel. Beide Kontrollformen werden wir weiter intensivieren. Unser Ziel ist, Missbrauch möglichst schnell aufzudecken und zu beenden. Damit uns das gelingt, wollen wir den Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen intensivieren.

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ will nach dem Vorbild des Modells in Duisburg eine Stabsstelle „Sozialleistungsmisbrauch“ einrichten. Diese nimmt bereits beim Zuzug Kontakt mit den Zuwanderern auf und prüft alle relevanten Voraussetzungen.

Darüber hinaus setzen wir uns für einen besseren Datenaustausch zur Bekämpfung von vorgetäuschten Arbeitsverhältnissen ein. Damit wollen wir den missbräuchlichen Zugang zum Sozialsystem frühzeitig verhindern. Um das zu erreichen, verständigt sich die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ darauf, mit allem Nachdruck für eine neue Definition der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu werben. Ist diese beschlossen, wenden wir diese unverzüglich an.

Friedliches Zusammenleben

Ein friedliches Zusammenleben ist in Hagen nur möglich, wenn sich die gesamte Stadtgesellschaft an denselben Regeln orientiert. Maßstab dafür ist für die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Geraten zugewanderte ausländische Staatsangehörige ohne gesicherten Daueraufenthalt wiederholt und erheblich mit der geltenden Rechtsordnung in Konflikt, bewerten wir dies als schwerwiegendes Integrationshemmnis. Ebenso akzeptieren wir nicht, wenn jemand Konflikte aus seinem Herkunftsstaat nach Deutschland trägt oder durch Gewalt, Bedrohung oder gezielte Einschüchterung gegenüber Landsleuten oder Angehörigen anderer Nationen, Ethnien oder Religionsgemeinschaften auffällt. Ein solches Verhalten gefährdet den gesellschaftlichen Frieden. In diesen Fällen sind die zuständigen Behörden verpflichtet, die aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen zu prüfen und unter Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Ausweisungen und Abschiebungen rechtsstaatlich durchzusetzen.

Integration bedeutet zwingend, dass die gesellschaftlichen Grundregeln des friedlichen Zusammenlebens von allen akzeptiert werden und auch das Handeln bestimmt. Erfolgt das nicht, werden die notwendigen rechtlichen Maßnahmen ergriffen.

Sprachförderung

Sprache ist der Schlüssel zu einer gelingenden Integration. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ unterstützt deshalb die Pläne der Landesregierung für eine landesweit einheitliche Sprachfeststellung. Notwendig sind verbindliche Sprachtests für alle Kinder. Verfügen Kinder nicht über die notwendigen Deutschkenntnisse, sollen sie zweimal pro Woche jeweils für zwei Stunden an „ABC“-Klassen teilnehmen, für die das Land natürlich die finanziellen Mittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung stellen muss. Auch wir beginnen unverzüglich mit der Suche nach den passenden Räumlichkeiten.

Ziel ist, dass alle Kinder möglichst mit der Einschulung in der Lage sind, dem gemeinsamen Unterricht sprachlich zu folgen. Das hebt nicht nur den allgemeinen Sprachstand, sondern reduziert den sprachlichen Abstand zwischen schwachen und starken Schülern. Davon profitieren alle.

6. Bildung

Hagen, die „Stadt der FernUniversität“, ist eine Stadt der Bildung und bietet von der frühkindlichen Bildung in den Kindertageseinrichtungen über ein ausdifferenziertes Schulsystem mit erstklassigen Berufsschulen bis zu weltweit anerkannten Hochschulen das gesamte bildungspolitische Spektrum an. Um die steigende Nachfrage nach Plätzen in Gesamtschulen zu decken, wird die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ den Ausbau des Schulangebots mit einer vierten städtischen Gesamtschule im Bezirk Mitte (Dünningensbruch) weiter umsetzen, sobald die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind. „Dasselbe gilt für die Grundschule auf dem Gelände des ehemaligen Reitervereins.“

Wir wollen sicherstellen, dass unsere Infrastruktur verlässlich funktioniert. Deshalb werden wir bei der Instandhaltung unserer Schulgebäude genauer hinsehen und eine Bestandsaufnahme des baulichen Zustands veranlassen.

Kita- und OGS-Betreuung

Viele Eltern fürchten nichts mehr als ausfallende Betreuungsangebote in der Kita. Not- oder Bedarfsbetreuung stellt gerade berufstätige Eltern vor gravierende Probleme. Deshalb will die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ die Verwaltung und die Träger zu Gesprächen auffordern, wie sich ein trägerübergreifender Pool von „Springern“ realisieren ließe, damit Betreuungsangebote im Stadtgebiet verlässlicher bleiben.

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ hält am Ziel der Stadt Hagen fest, ein bestmögliches Betreuungsangebot für Eltern und Kinder anzubieten, so dass der Rechtsanspruch ab dem Schuljahr 2026/2027 auf einen Betreuungsplatz in der OGS sichergestellt ist. Dies belastet die Stadt Hagen jedoch finanziell und organisatorisch in dramatischer Weise, wobei nicht einmal sichergestellt ist, dass alle noch neu zu schaffenden Plätze auch dauerhaft belegt sein werden. In Anbetracht des Umfangs und der Dynamik des Geschehens halten wir es daher für erforderlich, partiell eine multifunktionale Infrastruktur zu schaffen, die sich bei unterschiedlichen Auslastungszahlen flexibel umnutzen lässt.

Dort, wo es möglich ist, sollen einzelne Schulen jahrgangsweise aufsteigend das Modell des gebundenen Ganztags anbieten, damit vorhandener Schulraum effizienter genutzt werden kann.

Buchungszeiten in der OGS

Das Wesensmerkmal der OGS ist seine Offenheit für individuelle Tagespläne von Kindern und Eltern. Schwierig wird es jedoch, wenn beitragsbefreite Eltern dauerhaft höhere Kontingente buchen, als ihre Kinder wahrnehmen. Daher wollen wir entsprechende Korrekturmechanismen entwickeln, die dafür sorgen, dass wertvolle Betreuungsangebote möglichst intensiv genutzt

werden. Insbesondere berufstätigen Eltern sollten absehbar ungenutzte Stunden zügig angeboten werden können.

Über die vergangenen Jahre sind die Kosten für die Kinderbetreuung in Kitas und OGS für die Träger und die Stadt rapide gestiegen, während die Elternbeiträge meist aus Rücksicht nicht erhöht wurden. Das bringt das ganze System immer mehr an seine materiellen Grenzen. Deshalb werden wir eine Prüfung durch die Verwaltung in Auftrag geben, wie hoch die möglichen Konnexitätsverstöße von Seiten des Bundes und des Landes sind.

Durchsetzung der Schulpflicht

Eine gute schulische und berufliche Bildung ist die Voraussetzung für eine dauerhafte soziale Teilhabe und letztlich auch für eine gelingende Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher. Die gesetzliche Schulpflicht gilt für alle Kinder, auch aus Zuwandererfamilien. Deshalb hält es die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ für selbstverständlich, dass die Schulpflicht auch bei allen Kindern durchgesetzt wird. Sofern Eltern oder Kinder dieser Verpflichtung wiederholt nicht nachkommen, sollen alle möglichen rechtlichen Maßnahmen ausgeschöpft werden – bis hin zur Aussetzung von Zahlungen.

7. Sozialer Zusammenhalt

Jeder soll einen Beitrag bringen

Hagens Vereine, soziale Träger, Kirchen und die Verwaltung sind die gesellschaftliche Klammer unserer Stadt. Sie weben ein solides soziales Netz, welches wir weiter pflegen werden.

Wir sehen die wirtschaftlichen Herausforderungen bei den Akteuren, wie beispielsweise freien Trägern und den Wohlfahrtsverbänden. Daher unterstützen wir sie bei der Übernahme ihrer wichtigen Aufgaben im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Die Koalition bekennt sich zur Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Geschlecht oder geschlechtlicher Identität. Gleichstellung wird als Querschnittsaufgabe verstanden und bei politischen Entscheidungen systematisch berücksichtigt. Dazu gehören insbesondere Präventions- und Schutzkonzepte gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt sowie niedrigschwellige Hilfsangebote für Betroffene.

Da, wo nötig, wird Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. Niemand wird von seiner persönlichen Verpflichtung befreit, selbst für sich zu sorgen und einen Teil zum Erfolg der Stadtgesellschaft beizutragen. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ erwartet, dass sich jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten in die Solidargemeinschaft einbringt.

Arbeitsfähige Leistungsberechtigte, die länger als zwölf Monate Leistungen der Grundsicherung beziehen, sollen im Rahmen rechtlicher Gegebenheiten an strukturierten, gemeinwohlorientierten Beschäftigungsangeboten teilnehmen. Ziel ist es, Teilhabe am Arbeitsleben zu stärken, Qualifizierung zu fördern und soziale Integration zu unterstützen. Die Tätigkeiten – etwa im Bereich der Stadtbildpflege oder anderer kommunaler Aufgaben – werden zusätzlich, wettbewerbsneutral und unter fairen Arbeitsbedingungen ausgestaltet und durch eine zusätzliche, begrenzte finanzielle Anerkennung ergänzt. Darüber hinaus sollten diese

Möglichkeiten auch anderen Leistungsempfängern auf freiwilliger Basis angeboten werden. Denn Arbeit ist Sinnstiftung und kann präventiv gegen Einsamkeit und Depression wirken. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird deshalb die Verwaltung damit beauftragen, bis zum Oktober 2026 ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Werkhof durch Arbeitsagentur unterstützen

Geraten Menschen in Arbeitslosigkeit, sollen sie schnellstmöglich wieder in eine adäquate Beschäftigung kommen. Dafür gibt es die Beratungs- und Vermittlungsangebote der Arbeitsagentur und des Jobcenters Hagen. Der hohe Anteil von Langzeitarbeitslosen in Hagen zeigt aber: Die Angebote greifen nur unzureichend. Teilweise passen Programme nicht auf Bewerber, teilweise erweisen sich Träger als ungeeignet.

Wer erst einmal Jahre in Arbeitslosigkeit verbringt, ist oft von Arbeit und geregelten Tagesabläufen entwöhnt. Auf die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen hat sich früher die Hagener Beschäftigungsgesellschaft Werkhof spezialisiert. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird die Verwaltung beauftragen, neue Verhandlungen mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter mit dem Ziel aufzunehmen, neue Aktivierungsprogramme für Langzeitarbeitslose über den Werkhof aufzulegen.

Darüber hinaus wird der Werkhof dazu angeregt, gerade bei Re- und Upcycling in Zusammenarbeit mit dem Hagener Entsorgungsbetrieb neue Konzepte zu entwickeln, damit „Möbel und Mehr“ sowie das Sozialkaufhaus wieder deutlicher zur Refinanzierung der Angebote beitragen können.

Obdachlosigkeit bekämpfen

Die Stadt Hagen hat ein gutes Beratungsangebot, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Trotzdem gibt es Fälle, in denen Menschen ihr Obdach verlieren. Hagen bietet im Männerasyl grundlegende Unterkünfte für die Nacht. Diese sind aber weder in einem guten Zustand noch fühlen sich die Betroffenen dort sicher. Deshalb braucht es Verbesserungen.

Wohnung zuerst

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ will das Konzept „Wohnung zuerst“ (Housing first) einführen. Bei diesem Konzept wird zuerst eine Mietwohnung für die Betroffenen gefunden, um dann die weiteren Probleme der Person zu lösen. Die Koalition wird die Verwaltung beauftragen, die finanziellen und fördertechnischen Rahmenbedingungen sowie die Bereitschaft der freien Träger der Wohlfahrtspflege abzuklären. Lassen sich Mittel verfügbar machen, werden diese spätestens im Haushalt 2028/2029 eingeplant.

Arbeit für Obdachlose

Finanzielle Unterstützung lindert nur den wirtschaftlichen Teil des Problems. Den Mangel an Sinnstiftung und Teilhabe bekämpft erst der Zugang zu Arbeit und die dabei entstehende Gemeinschaft. Manche Kommunen (Essen: Projekt „Pick-Up“) bieten Obdachlosen tagsüber stundenweise leichte Arbeiten gegen Essen und Getränke an. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ lässt prüfen, wie sich solche Angebote gemeinsam mit den städtischen Gesellschaften unter Mithilfe von Vereinen, Trägern der freien Wohlfahrtspflege und dem Werkhof e.V. umsetzen lassen. Eine Antwort darauf erwarten wir zum Herbst 2026. Im Mittelpunkt steht, Obdachlosen mit Respekt zu begegnen, ihr Selbstvertrauen zu stärken und sie wieder in die Mitte der Gesellschaft zu bringen.

8. Ehrenamt, Sport & Kultur

Sportstätten weiterentwickeln

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ unterstützt die Bemühungen von Vereinen und Sponsoren, eine neue Großsporthalle für den Spitzensport an einem geeigneten Standort in Hagen zu errichten. Profi-Mannschaften in den Top-Ligen ihrer Sportarten sind wichtige Imagebotschafter für Hagen. Hallen und Stadien sind überregionale Treffpunkte von Fans und locken so zahlreiche Tagestouristen in die Stadt. Das ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Hagen.

Parallel halten wir daran fest, städtische Sportanlagen angemessen und kontinuierlich zu pflegen und vereinseigene Anlagen für den Breitensport wirkungsvoll bei deren Entwicklung zu unterstützen. Dabei wollen wir auch eine engere Verzahnung von Vereins- und Schulsport im Rahmen der Ganztagsbetreuung vertiefen.

Kulturlandschaft pflegen

Die vielfältigen Kultureinrichtungen in unserer Stadt sind noch immer die Elemente eines klassischen Oberzentrums. Das gilt sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Die neue Doppel spitze des Hagener Theaters liefert überzeugende Darbietungen ab und begeistert neue Zuschauerschichten für das facettenreiche Kulturangebot. Auf diesem Weg wollen wir das Theater weiter unterstützen. Auch die Hagener Kulturzentren mit ihrer integrativen Bedeutung für junge Menschen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Stadtgesellschaft. Hier sichern wir Kontinuität in der Unterstützung zu.

Darüber hinaus trägt das Ehrenamt einen unverzichtbaren Anteil am gesellschaftlichen Zusammenleben. Das gilt es überall zu unterstützen.

9. Umweltschutz

Umweltschutz als Zukunftssicherung begreifen

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ sieht im Bereich „Umweltschutz“ die umfassende Aufgabe, den natürlichen Lebensraum vor nachteiligen menschlichen Eingriffen, aber auch den Menschen vor den Folgen naturbedingter Extremereignisse zu schützen.

Sinnvolle Konzepte umsetzen

Der Rat hat auf Empfehlung der Verwaltung in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Konzepten und Masterplänen beschlossen. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen werden jedoch nur vereinzelt und ohne den strategischen Zusammenhang zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird die Verwaltung beauftragen, dem Rat bis zur Sommerpause 2026 einen strategisch ausgerichteten Arbeits- und Zeitplan vorzulegen, in dem konzeptübergreifende und nachvollziehbare Prioritäten vorgeschlagen werden.

Wir lehnen weitere Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung im oberen Wesselbachtal (Abstand: weniger als 600 Meter) weiter ab. Dasselbe gilt auch für vergleichbare Fälle.

Im Rahmen der Energiewende wollen wir dem örtlichen Energieversorger die Dächer der städtischen Gebäude für die Installation von Solaranlagen idealerweise für den Eigenenergieverbrauch der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Im Rahmen der Klimafolgenanpassung wollen wir in der Fußgängerzone und im Übergang zwischen Volkspark und Volme mehr innerstädtischen Grünflächen und Baumgruppen schaffen, damit wir auch im Hochsommer ein angenehmeres Stadt- und Einkaufsklima gewährleisten können.

Ebenfalls mit Unterstützung von Bund und Land wollen wir kontinuierlich den Hochwasserschutz verbessern und die Lehren aus der Katastrophe des Jahres 2021 ziehen.

Zum Umweltschutz gehört auch, die Wildschweinpopulation zu begrenzen und invasive Arten zu bekämpfen.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Klimaschutz und Klimaanpassung sind aus einer vernünftigen Kommunalpolitik nicht mehr wegzudenken. Beide Aufgaben sorgen aber auch für hohe Investitionsbedarfe in Hagen. Die Sanierung und den Umbau unserer Infrastruktur können wir finanziell nicht allein stemmen. Deshalb wird die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ die Verwaltung auffordern, das auf 20 Jahre angelegte Investitionsprogramm des Landes NRW in Höhe von jährlich 300 Millionen Euro pro Jahr zu nutzen, um Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen voranzutreiben.

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ unterstützt auch weiterhin die städtischen Bemühungen um das Projekt „Klimakommune.digital“. Hier zeigt unsere Stadt vorbildhaft, wie digitale Technologien zum kommunalen Klimaschutz und zur urbanen Energiewende beitragen.

Abfallwirtschaft

Die Müllverbrennungsanlage Hagen (MVA) ist der zentrale Pfeiler der Hagener Entsorgungswirtschaft, wichtiger örtlicher Arbeitgeber und zeitgleich Energiequelle für Prozessdampf, Fernwärme und Strom. Da die Anlage schonend betrieben und vorausschauend gepflegt wird, ist ihre technische Zukunft langfristig gesichert. Um die Abfallgebühren stabil zu halten, ist es wichtig, sie mit dem passenden Abfall in ausreichender Menge zu versorgen. Dazu brauchen wir starke kommunale Partner.

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ setzt sich für einen logistisch optimierten, gut funktionierenden zentralen Wertstoffhof auf dem Gelände „Am Pfannenofen“ ein. Hier sollen Bürger ihre Abfälle zu kundenfreundlichen Öffnungszeiten (insbesondere samstags bis 16 Uhr) anliefern können. Recycling und Upcycling sollen mehr als bisher die Stoffströme in Hagen entlasten. Deshalb soll eine mögliche Upcycling-Institution des Werkhofes am Standort Pfannenofen mitgedacht werden. Ziel ist es, sortenreine Wertstoff- und Problemabfallanlieferungen zu beschleunigen. Darüber hinaus ist unser Ziel, die Gebühren für die Abfallsorgung stabil zu halten.

Die Gesellschaftsverträge der HEB sind mit dem Ziel zu überarbeiten, den städtischen Einfluss im Aufsichtsrat wieder zu verbessern.

10. Verantwortungsvolle Haushaltsführung

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ strebt genehmigungsfähige Haushalte an. Sie dürfen nicht durch verminderte Instandhaltung oder Modernisierung der Infrastruktur erkauft werden. Unser Ziel wird es dabei auch sein, zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger durch die Erhöhung der Grund- oder Gewerbesteuer zu vermeiden.

Strategische Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur sollen dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgen und kommenden Generationen in Hagen eine lebenswerte und aufstiegsorientierte Stadt hinterlassen. Dazu fordern wir klare Prioritäten und Zeitziele von der Verwaltung ein, damit sichergestellt ist, dass notwendige Arbeiten rechtzeitig erledigt werden.

Die Sanierung der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur wird ein Schwerpunkt in den kommenden mindestens zehn Jahren darstellen, also über die Amtszeit des neuen Rates hinausreichen. Auch deshalb ist es wichtig, dass Förderprogramme nicht an den notwendigen Eigenanteilen der Stadt scheitern dürfen.

Wer bestellt, bezahlt!

Die Stadt Hagen übernimmt im Auftrag von EU, der Bundes- und Landesregierung Verwaltungsleistungen und gewährleistet deren Standards gegenüber dem Bürger. Allzu oft wird das nicht auskömmlich finanziert. Das belastet den städtischen Haushalt und verursacht neue Schulden. Solche Konnexitätsverstöße gefährden die angelaufene Entlastung von den Altschulden.

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ wird sich auf allen politischen Ebenen verstärkt dafür einsetzen, solche Konnexitätsverstöße künftig zu vermeiden und die Lasten fair von den

„Bestellern“ erstattet zu bekommen. Dazu werden wir die Kommunalaufsicht in Arnsberg bitten, die Analyse der Konnexitätsverstöße aus dem Jahr 2010 fortzuschreiben.

Mit diesen Fakten wollen wir das Land NRW als Sachwalter der kommunalen Interessen mit der nötigen Argumentationshilfe gegenüber dem Bund unterstützen.

Beteiligungen punktuell neu ausrichten

In den Jahren 2009 bis 2014 hat die Stadt Hagen ihre Beteiligungen neu geordnet. Von der eingerichteten Holdingstruktur profitiert die Stadt heute erheblich. Deshalb stehen wir zu unseren starken Töchtergesellschaften und städtischen Unternehmen, die zum Wohle unserer Stadt agieren und für die Menschen in Hagen tätig sind. Seither sind mehr als zehn Jahre vergangen. Deshalb werden die Koalitionspartner bestimmte Prozesse auf den Prüfstand stellen und ergebnisoffen strukturelle Veränderungen bis hin zur Auflösung oder Neugründung bestimmter Gesellschaften erörtern, beispielsweise bei der Stadtbeleuchtung und der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH (G.I.V.). Ein Verkauf von städtischen Unternehmen steht nicht zur Diskussion.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erledigen viele gleichartige Aufgaben. Dabei können sie sich auf das kommunale Selbstverwaltungsrecht berufen und eigene Verwaltungswege beschreiten. In Zeiten digitaler Prozesse ist das nicht immer sinnvoll. Deshalb will die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ weg von der Kleinstaaterei und hin zu mehr freiwilliger interkommunaler Zusammenarbeit. Sind wir selbst mit erstklassigen Prozessen Vorbild, teilen wir diese gerne mit anderen Kommunen. Finden wir anderenorts Best-Practice-Lösungen, schließen wir uns diesen gerne an.

Unser Ziel ist es, gemeinsam mit anderen Kommunen Skaleneffekte bei der Erledigung unserer Verwaltungsarbeit zu heben. Das senkt Kosten, beschleunigt die Bearbeitung und verbessert gleichzeitig sogar die Qualität. Ein solches Beispiel kann und soll eine vertiefende Zusammenarbeit zwischen HEB und der Entsorgung Dortmund GmbH (EDG) sein.

11. Verwaltungsmodernisierung

Die Koalition begrüßt, dass der Oberbürgermeister die längst notwendigen Reformprozesse innerhalb der Verwaltung durchsetzen will. Das führt zu einem anderen Verständnis zwischen Politik und Verwaltung.

Kultur des gegenseitigen Respekts

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ sieht in der Verwaltung eine wichtige Einrichtung zur Sicherung von Lebensqualität und sozialem Frieden in unserer Stadt. Wir begrüßen, dass die Verwaltung die interne Kultur der Wertschätzung zu einer umfassenden Kultur des gegenseitigen Respekts erweitert. Dafür ist es wichtig, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung als bürgerfreundliche und serviceorientierte Gesichter des Rechtsstaats

begreifen. Sie handeln verbindlich, rechtssicher und sind offen für bürgerschaftliches Engagement. Ein gesunder gegenseitiger Respekt soll den Umgang zwischen Verwaltung und Stadtbevölkerung prägen. Die allermeisten Bediensteten leben das bereits vor und erwarten das zurecht auch von ihren Kunden.

Leider erleben die Kolleginnen und Kollegen vereinzelt Respektlosigkeiten und gar andere Bedrohungslagen. Solches Verhalten ist absolut inakzeptabel. Daher unterstützt die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ die Verwaltung ausdrücklich dabei, einen entsprechenden Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Sicherheitsdienste zu erreichen, wo dies notwendig ist.

Verwaltungsgänge werden seit der Corona-Pandemie von vielen Ämtern zumindest im Internet ausschließlich über die digitale Terminvergabe gesteuert. Nur selten liest sich, dass auch spontane Termine – dann mit entsprechender Wartezeit – möglich sind. Wir erwarten, dass es bis Ende März 2026 eine transparente Regelung auf allen Ämterseiten im Internet gibt, mit dem Hinweis, dass auch spontane oder dringende Termine außerhalb der elektronischen Terminvergabe möglich sind.

Neue Vergabegrundsätze

Wir unterstützen ausdrücklich die von der Landesregierung angebotene Option, das Vergabewesen zu vereinfachen. Wir beauftragen die Verwaltung damit, die Vergabe effizienter zu gestalten und keine neuen bürokratischen Hemmnisse aufzubauen.

Digitalisierung

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“ begrüßt, dass der Oberbürgermeister das vorhandene Personal effizienter einsetzen will. Dies soll einerseits durch eine kritische Betrachtung der Aufgaben geschehen, andererseits durch stringente IT-gesteuerte Prozesse und die Unterstützung von künstlicher Intelligenz, wo sich diese eignet und datenschutzrechtlich zulässig ist. Dadurch sollen sich die Mitarbeiter auf die wichtigen Entscheidungen konzentrieren können. Das bisherige Silo-Denken soll gesamtstädtischem Denken Platz machen.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern strategisches Instrument, um Verwaltungsleistungen effizienter und bürger näher anbieten zu können. Wir wünschen uns insgesamt deutlich mehr digitale medienbruchfreie Prozesse als Rückgrat künftigen Verwaltungshandelns. Dabei soll das Onlinezugangsgesetz umfassend genutzt werden, um solche Prozesse voranzutreiben. Das macht die Kommunikation mit der Verwaltung einfacher, schneller und transparenter. Möglichst viele Angebote sollten mit der BundID und elektronischen Bezahlmöglichkeiten jedermann rund um die Uhr zur Verfügung stehen.

Einen Digitalzwang soll es nicht geben. Auch weiterhin sollen sich Verwaltungsleistungen analog über das Zentrale Bürgeramt und die Fachämter erledigen lassen.

So wollen wir neues Vertrauen in unsere Institutionen wachsen lassen.

12. Schlussbestimmungen

Die Koalition „Gemeinsam Hagen gestalten!“, bestehend aus den Ratsfraktionen von CDU und SPD, vereinbaren eine kontinuierliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rat der Stadt Hagen und in den anderen kommunalen Gremien für die XI. Wahlperiode von 2025 bis 2030.

Ziel unserer Koalition ist es, die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten und die Zukunftsfähigkeit Hagens durch eine solide Haushaltspolitik und durch nachhaltige Investitionen sicherzustellen.

Die Zusammenarbeit in der Koalition bezieht sich auf alle Beratungsgegenstände. Die Umsetzung gemeinsamer Ziele und Projekte erfolgt in der Form gemeinsamer Anträge.

Die Fraktionen (bzw. die jeweiligen Mitglieder der Ausschüsse, Aufsichts- und Verwaltungsräte sowie sonstigen Gremien) unterrichten sich frühzeitig wechselseitig und transparent über wichtige Informationen und Vorgänge sowie über geplante Antragsvorhaben. Vor Veröffentlichung oder Einbringung in den Rat oder in den zuständigen Ausschuss bzw. in das zuständige Gremium stimmen sie ihre Positionen dazu miteinander ab, spätestens im Rahmen der gemeinsamen Vorbesprechungen unmittelbar vor den Sitzungen. Ziel ist immer ein gemeinsamer Antrag der Partner.

Vor allem die in dieser Vereinbarung dargestellten Ziele und Forderungen werden durch die beiden Ratsfraktionen gemeinsam in den Fachausschüssen mit entsprechenden Anträgen konkretisiert und die Umsetzung jeweils nachgehalten.

Für alle Beratungsgegenstände wird einheitliches Stimmverhalten vereinbart.

Bei Dissens führen die Vorstände der Fraktionen einen Konsens herbei. Bleibt der Dissens bestehen, wird auf Wunsch eines Partners zunächst eine Vertagung des strittigen Beratungsgegenstands in den nächsten Sitzungsturnus mit dem Ziel der Einigung vorgenommen.

Gelingt den Beteiligten eine Einigung nicht, kann zu diesem Zweck ein paritätisch besetzter Koalitionsausschuss einberufen werden, zu dem der Oberbürgermeister einlädt. Dieser besteht aus dem CDU-Parteivorsitzenden, dem SPD-Parteivorsitzenden, dem Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, dem Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion und dem Oberbürgermeister. Sie können im Einvernehmen weitere Mitglieder hinzuziehen.

Gemeinsame Erfolge und die Verbesserung des demokratischen Miteinanders im Rat stehen im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Deshalb werden Erfolge auch gemeinsam öffentlich verkündet. An Medienterminen zu gemeinsamen Vorhaben oder Erfolgen nehmen deshalb jeweils Vertreter beider Koalitionspartner teil, auch wenn diese Termine von der Verwaltung vorbereitet werden.

Zur Mitte der Wahlperiode, d.h. im Frühjahr 2028, wird dieser Koalitionsvertrag von CDU und SPD evaluiert und ggf. an die aktuelle Gesamtlage und ihre Herausforderungen angepasst.

Hagen, 2. Februar 2026

Dennis Rehbein
Parteivorsitzender CDU Hagen

Timo Schisanowski
Parteivorsitzender SPD Hagen

Jörg Klepper
Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion Hagen

Claus Rudel
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion Hagen